

gelehrt werden. Um einen größeren Teil der unrentabilen Arbeitsstätten wieder in geregelte Tätigkeit zu bringen, sei eine Arbeitszeiterhöhung möglichst auf 10 Stunden wöchentlich erwünscht.

Am diese Ausführungen schloß sich eine kurze Ansprache, an der sich auch Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald beteiligte. Der Reichspräsident sicherte den Gewerkschaftsführern sorgfältige Beachtung ihrer Forderungen zu und versicherte, daß alles nur Mögliche geschehen werde, um unser Volk aus der schwierigen Lage herauszuführen.

Besprechungen der sächsischen Industrie mit dem Reichskanzler.

Berlin, Auf Freitag nächster Woche sind die Vertreter der sächsischen Industrie zu einer Besprechung zum Reichskanzler geladen. Am Tage vorher werden im Reichswirtschaftsministerium Vorbesprechungen stattfinden.

Die Frage der Revision der Verträge.

Die belgischen Sozialisten besaßen sie. Der Auswärtige Ausschuss der belgischen Sozialistischen Partei hat in einem Bericht zur Frage der Revision der Verträge Stellung genommen. Der Bericht stellt fest, daß man

das Verlangen nach Revision der Verträge nicht als unmöglich ablehnen

könne. Jeder Antrag auf Vertragsrevision müsse sich jedoch im Rahmen des Völkerbunds- und des Locarno-Vertrages halten. Der Bericht betont ausdrücklich, daß der Artikel 19 des Völkerbundsvertrages

keineswegs eine Revision der Grenzen ausschliesse.

Deutschland habe noch keine genauen Revisionsforderungen gestellt. Jede Revision habe sich nur auf bestimmte Punkte zu erstrecken.

Das französische Heeresbudget.

Über eine Milliarde Mark bewilligt.

Die französische Kammer nahm den Haushalt des Kriegsministeriums mit 330 gegen 254 Stimmen an. Der Haushaltsbewilligung wurde in Höhe von 6,5 Milliarden Franken (rund 1,073 Milliarden Mark). Sämtliche Einwände der Sozialisten wurden mit großer Stimmenmehrheit der Rechten abgewiesen.

Die Unterredung Henderson mit Mussolini.

Rom, 26. Februar. Über den Besuch der englischen Minister bei Mussolini, der am Donnerstag um 16 Uhr stattgefunden hat, ist nur eine kurze amtliche Mitteilung ausgegeben worden, nach der die Unterredung zwischen Henderson, Alexander und Mussolini, die sich auf die Flottenfrage bezog, eine Stunde gedauert hat.

Die italienische Presse ist nach wie vor außerordentlich zurückhaltend und sieht auch von jeglichen Vermutungen und Kombinationen ab. In politischen Kreisen verlautet, daß die Donnersagabhandlungen, die von den Sachverständigen fortgesetzt wurden, während die Minister bei Mussolini waren, einen befriedigenden Verlauf genommen haben. Man nimmt mit Sicherheit an, daß es diesmal zu einer Einigung kommen wird, und die Verhandlungen nicht mehr wie schon so oft unterbrochen zu werden brauchen. Die englischen Minister werden voraussichtlich bis Sonnabend in Rom bleiben und auf der Rückreise nach London noch in Paris kurz halt machen. Henderson und Alexander wollen ihre freie Zeit zwischen den Verhandlungen zur Besichtigung Roms und seiner Umgebung benutzen.

Gschweiler Grubenkatastrophe.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit einem kommunistischen Antrag zu dem Grubenunglück auf Gschweiler Kiese, der u. a. eine strenge Untersuchung und die Verhaftung der Betriebsleitung verlangt. Unter Ablehnung des kommunistischen Antrages nahm der Ausschuss einstimmig eine Entschließung an, die die Reichsregierung ermahnt, sich mit der preussischen Staatsregierung ins Einvernehmen zu setzen, um eine strenge Untersuchung der Ursachen des Unglücks durchzuführen. Diese Untersuchung soll sich auch auf die wiederholten Massenunfälle im Ruhrrevier, besonders auf den Gruben des Gschweiler Bergwerks, erstrecken. Es wird erwartet, daß alle bergpolizeilichen Sicherheitsmaßnahmen in ausreichendem Maße durchgeführt werden, daß ferner etwa an dem Unglück schuldige Aufsichtspersonen oder Zeichenbeamte unmissverständlich zur Rechenschaft gezogen und daß weitere Maßnahmen getroffen werden, um den folgenden Unfällen im Bergbau vorzubeugen.

Auch die Kommunisten stimmten diesem Antrag zu, nachdem erklärt worden war, daß alle Arbeiter der Grube, die an der Untersuchung interessiert sind, vernommen werden sollen. Der weitere kommunistische Antrag, drei Millionen Mark aus Veranlassung des Grubenunglücks bereitzustellen, wurde abgelehnt, weil anlässlich der Aachener Katastrophe vom Reich zwei Millionen Mark bewilligt worden sind, die in ausreichendem Maße auch für die Unterstützung der Hinterbliebenen der neuen Katastrophe genügen.

Klage der bayrischen Nationalsozialisten abgewiesen.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs.

In dem Prozeß, den die Nationalsozialisten wegen der Gültigkeit des Bayerischen Landtages angestrengt haben, fällt der bayerische Staatsgerichtshof nach vierstündiger Beratung das Urteil, wonach die nationalsozialistische Klage zurückgewiesen wird. Damit ist die Gültigkeit des Bayerischen Landtages anerkannt. Die Verhandlung des Urteils wird erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Der Orkan auf den Fidji-Inseln.

Neuport, 27. Februar. Der verheerende Orkan, der am letzten Sonnabend die Fidji-Inseln heimsuchte, hat, wie sich jetzt herausstellt, dort die furchtbarsten Verwüstungen angerichtet. Die Ortschaften Sigatoka, Lautoka und Ba gleichen Trümmersfeldern. Bisher sind 245 Tote gezählt worden. Eine riesige Sturmflut vergrößerte noch die Katastrophe. Große Viehherden sind in den reißenden Fluten des Nevo-Flusses umgekommen. Auf der Eisenbahnstrecke Ba-Lautoka wurde ein Personenzug aus den Schienen geworfen, wobei zahlreiche Reisende schwer verletzt wurden. Der Sachschaden beläuft sich auf weit über eine Million Mark.

Stimmung vor der Abstimmung

Kritik der Ernährungswirtschaft.

Landwirtschaftsdebatte im Reichstag.

Die Debatte über das Agrarprogramm ist zu Ende, nach dem eine schier endlos lange Reihe von Rednern über den Ernährungsminister, seine Geschäftsführung und seine Absichten gesprochen hatte, von diesen recht viel — diesmal kann man sagen — zum Ernährungsminister geredet hatten. Es klang wie ein fast naives Erstaunen, als einer dieser Redner den Satz prägte: „Ich freue mich, feststellen zu können, daß diesmal über den Haushalt des Reichs ernährungsministeriums ruhig und sachlich debattiert wird, während sonst immer gerade bei dieser Gelegenheit wildestes Jaul und Streit herrschen.“ Der Grund für die diesmalige Ruhe und Sachlichkeit, die nur verhältnismäßig selten von parteipolitischen Schlagworten und Schreihörtheorien gestört worden ist, liegt letzten Endes eben darin, daß man auch im Parlament erkennt, mit den alten, abgegriffenen, vom Parteistand überzogenen „Weisheiten“ oder was man dafür hielt, kommt man angesichts dieser großen Wirklichkeit, angesichts der Not der Landwirtschaft nicht mehr weiter. Da muß jene „Weisheit“ im Schreibschloß des Parteibüros zurückgelassen, muß, statt dessen ein guter Wille zur Hilfeleistung mitgebracht werden. Einmal hat man zwischen den Schilferungen der Not der Landwirtschaft auch ein besseres Wort gehört: „Seit einigen Jahren ist im Westbau und im Wintergerwebe eine gewisse Entspannung eingetreten.“ Aus rheinischem Munde kam dieser, ein klein wenig Sonnenchein bringende Satz. Wann wird die Stunde, wann der Redner, wann der Haushalt des Ernährungsministeriums, wann ein Ernährungsminister selbst da sein und sagen können, daß über unserer ganzen Landwirtschaft wieder die Sonne aufgegangen ist?!

Sitzungsbericht.

(33. Sitzung.) OB. Berlin, 26. Februar.

Bei Beginn der Reichstagsitzung wurde ein kommunistischer Antrag, der sich gegen die Lohn- und Gehaltsabnahmemaßnahmen in den Duisburger Stahlwerken und gegen die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weidert wendet, dem Haushaltsausschuss überwiesen. In der fortgesetzten Aussprache zum Landwirtschaftshaushalt betont

Abg. Dr. Weber (Staatspartei), daß die Anträge seiner Fraktion unter der Voraussetzung gestellt sind, daß die behauptete Handelsvertragspolitik unverändert fortgesetzt wird.

Der Schutz der Bauernwirtschaft

muß Hand in Hand gehen mit einer viel stärkeren Selbsthilfe, einer besseren Standardisierung der Produkte und einer Verbilligung und Verbesserung des Absatzes. Genossenschaften und Handel müssen auf diesem Wege gemeinschaftlich arbeiten. Besserung kann nur durch Anwendung von Betriebsmitteln zur Veredelungsproduktion erfolgen. Wichtig für die Landwirtschaft sei vor allem eine Verbilligung der Arbeit, Hebung des landwirtschaftlichen Bildungsniveaus und Herabsetzung der hohen Frachten für Düngemittel. Den in Aussicht genommenen Zoll auf Meisen lebten seine Freunde ab.

Abg. Schönlange-Schöningen (Landvolk) begrüßt die Ausführungen des Vorredners, die die Möglichkeit zu einer späteren sachlichen Auseinandersetzung über die Agrarfragen bieten. Er wendet sich dann an den Minister Schiele mit den Worten: Sie sind derjenige Mann, der von der sogenannten Gräfenfront auf diesen Platz gestellt worden ist. Ich bedauere außerordentlich, daß Sie vielfach von denen, die Sie auf diesen Platz gestellt haben, mit einem geradezu erbarmungslosen Dilettantismus angegriffen werden. (Sehr wahr beim Landvolk.) Man hilft der Landwirtschaft nicht dadurch, daß man den Arbeitern hier im Reichstag fernbleibt. Wenn der Minister sich jetzt gegen die Angriffe seiner früheren Freunde wehren muß,

so stehen wir auf seiner Seite.

Letzten Endes wird doch die Sachlichkeit über das Schlagwort liegen. (Beifall.) Auch wenn es meinen früheren Freunden gelangt, das alte System zehmal zu ändern, so werden die Landwirte doch dauernd weiter im Kampf um die Erhaltung ihres Standes stehen müssen.

Man kann Verständnis für die haben, die den schwarzen Fahren folgen. Aber noch immer ist bei einer Staatskatastrophe der Bauer der erste und auch der größte Leidtragende gewesen. (Beifall Zustimmung.)

Reichsernährungsminister Schiele

kommt auf verschiedene in der Aussprache aufgeworfene Anregungen und Fragen zurück. Er schließt sich der Warnung des Vorredners vor der

Wiedereinführung des zollfreien Getreidekontingents an. Wenn es gelungen sei, die Schweinepreise auf einer einigermaßen erträglichen Höhe zu halten, so nur deshalb, weil die Bahn für den Verbrauch des eigenen Produktes frei gemacht worden sei. Es sei nicht richtig, irgendwie von einer Rückständigkeit der Viehwirtschaft

in den bäuerlichen Betrieben zu sprechen. Das Weidengebiet sei heute um 300.000 Hektar größer als 1913. (Beifall hört, hört!) Zwangsmittel wolle die Regierung zur Durchführung des Generalbestellplanes keineswegs anwenden, sie verlaße sich dabei auf die landwirtschaftlichen Organisationen.

Zur Senkung der Zinssätze

fährte der Minister aus, daß unter der Führung der Reichsbank in den einzelnen Landesstellen die Verhandlungen teils durchgeführt, teils noch im Gange seien. Für Preußen sei der Höchstfuß der Zinsen bereits auf 10 Prozent festgelegt worden, jedoch wolle darüber hinaus die Regierung eine Erhebung über die Spanne zwischen den Zinsen herbeiführen. Damit solle der Übertriebung der Zinsspanne entgegengetreten werden. Die Bestimmung, daß in Gastwirtschaften

nur Roggenbrot gehalten

werden dürfe, sei leider durch die vielen Ausnahmen praktisch schon aufgehoben. Zu warnen sei vor der Aufhebung des Roggenbeimischungszwanges für Weizenroggenbrot. Angriffen von deutschnationaler Seite her erwiderte der Minister, die Deutschnationalen hätten sich durch ihr Ausschneiden aus der Regierung wegen des Locarno-Vertrages die Möglichkeit genommen, die gegen landwirtschaftliche Interessen verstoßenden Handelsverträge rechtzeitig anders zu gestalten. Jetzt werde er, der Minister, angegriffen, weil er diese Vertragspolitik natürlich nicht mit einem Schlag ändern könne. Wer der Landwirtschaft helfen wolle, dürfe sich nicht von dem Stampfler, auf den ihn das Schicksal berufen hat, entern lassen. (Beifall hört, hört.)

Abg. Dr. Brück (National) verlangt eingehende Kontrolle der Zwischeninstanzen, die sich zwischen den Willen des Ministers und der Landwirtschaft eingeschoben haben.

Abg. Guth (Bauer, Sp.) wünscht die Zulassung von Ausnahmen bei den Vorschriften der Rotterdamer Übereinkunft über den Weizenausnahmszwang, wenn ein dringendes Bedürfnis danach besteht. Der Redner bespricht dann weiter jede Vorbelassung des deutschen Weinbaus.

Frau Abg. Dr. Weber (Str.): Dr. Schiele solle als Landwirtschaftsminister nicht vergessen, daß er

auch Ernährungsminister ist.

Man müsse sich hier für die Interessen der Verbraucher, die einsehen und solle durch großzügige Aufklärung der Bevölkerung die Lösung der Ernährungsfrage in nationalem Sinne beschleunigen. Das beste hierfür wäre

die Schaffung eines Ernährungsausschusses.

Der Ernährungsminister antwortete darauf, daß er von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines solchen Ausschusses überzeugt sei, die Vorarbeiten zu seiner Errichtung aus bereits begonnen habe, es ständen dem aber noch Schwierigkeiten mit den einzelnen Ländern gegenüber.

Nach einer Rede des Abg. Vuh (Komm.) über die Notlage der kleinen Bauern begrüßte der

Abg. Lehmann-Franfurt (Landvolk) die Vereinfachung von Mitteln zur Bodenverbesserung. Die Ratifizierung ist dringlich, besonders wegen der furchtbaren Notlage, in der sich

die Schweinezüchter des deutschen Ostens

befänden. Es widerspricht den Wünschen der Wählerschaft, wenn einige unserer früheren Landvolksabgeordneten jetzt an den Arbeiten dieses Hauses sich nicht beteiligen.

Der Zentrumsabgeordnete Kemp verlangt Wiederbeschäftigung der Winterarbeitslosen und bittet den Minister, dafür zu sorgen, daß

Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz

möglichst am 1. April d. J. in Kraft treten. Im Weinbau- und Wintergerwebe sei erfreulicherweise seit einigen Jahren eine Entspannung zu verzeichnen.

Frau Abg. Dr. Wäh (Dt. Sp.) begründet einen Antrag auf baldige Vortagung der Bestimmungen über die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der des Obst- und Gemüsebaus.

Ebenso trägt der Abg. Dagg (Landvolk) Wünsche der kleinen Weinbauern und Viehzüchter vor.

Abg. Dr. Fortlander (B. Sp.) verlangt für die bevorstehende Neuordnung des Einfuhrzollens die Wiedereinführung der Einfuhrzölle für Rindvieh.

Diese Scheine sind ein absolut notwendiges Instrument der Agrarpolitik.

Nach heftigen Angriffen des kommunistischen Abg. Wörde auf den Minister, der mit seinem Wort der Notlage der Landarbeiter gedacht habe, schließt die Aussprache.

Die Abstimmungen zum Landwirtschaftshaushalt sollen am Dienstag vorgenommen werden.

Das Haus vertagt sich auf Montag: Haushalt des Reichsinnenministeriums

Zurückwäre Überschwemmungen am Amazonasstrom.

Wilde Tiere flüchten in die Städte.

Die Amazonasebene in Nordbrasilien wurde von riesigen Überschwemmungen heimgesucht. Hunderttausende von Wagnen Landes sehen unter Wasser. Die Stadt Riberalta, die hoch gelegen ist, wurde von Tausenden von Eingeborenen und großen Scharen wilder Tiere, insbesondere von Panthern und Jaguaren, die aus den Urwäldern gekommen waren, als letzte Zufluchtsstätte aufgesucht. Die Einwohner waren gezwungen, Hejagaden auf die wilden Tiere zu veranstalten. Bevor diese vernichtet waren, fielen ihnen Tausende von Einwohnern zum Opfer; zahlreiche andere fanden in den Fluten den Tod.

Hus unserer Heimat

Wilsdruff, am 27. Februar 1931.

Merkblatt für den 28. Februar.	
Sonnenaufgang 6 ⁰⁰	Mondaufgang 11 ⁰⁰
Sonnenuntergang 17 ⁰⁰	Montauntergang 5 ⁰⁰
1683: Der Wilsdruffer R. de Neaumur geb.	

Die Freiwillige Feuerwehr verband ihre am gestrigen Abend im „Adler“ abgehaltene Dienstversammlung mit einem Experimental-Vortrag, den die Deutsche Benzol-Vertriebs G. m. b. H., Dresden veranstaltete. Brandmeister Wed begrüßte alle anwesenden Gäste und Kameraden und betonte, daß die Wehr an derartigen Vorträgen wohl das größte Interesse habe, denn explosionsfähige Stoffe müßten auch der Feuerwehrmann zu behandeln wissen. Er erteilte hierauf Herrn Dr.-Ing. Hejkel das Wort, der in interessanten Vorlesungen vor allem auf die Unterschiede

und die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Kraftstoffe einging und dem Kraftfahrer wertvolle Hinweise gab, wie er sich bei etwaigen Unglücksfällen, die sich bei der Verwendung von Kraftstoffen, vor allem beim Koffaspien vom Fah, ergeben können, vor Schaden an Gesundheit und Leben schützen kann. Der Vortragende wies einleitend darauf hin, daß sich mit der ungeborenen Steigerung des Kraftstoffverbrauchs naturgemäß auch die im Handel befindlichen Kraftstoffarten wesentlich vermehrt hätten. Dank seiner hervorragenden Eigenschaften erstreckt sich heute das Benzol als wertvollster Kraftstoff des besten Kaltes. Von einem guten Brennstoff sei zu fordern: 1. daß er von absoluter Reinheit sei, 2. daß er die Eigenschaften der Leichtflüchtigkeit besitze, 3. daß bei Verwendung eines Brennstoffes keine Oelverschlechterung eintrete, 4. daß er ergiebig sei; der Kraftfahrer solle sich daher nicht durch den Preis irreführen lassen, sondern er solle sich ausrechnen, was er auf 100 Kilometer Wegstrecke für Kraftstoff ausgeben, dabei werde sich herausstellen, daß der etwas teurere Kraftstoff durch den verminderten Verbrauch sich billiger stelle als der mit dem niedrigeren Preis, 5. daß er eine weiche Verbrennung habe, die motorisch wirkt, und 6. daß ihm Klopffestigkeit zu eigen sei, was bei Benzol durch Zusatz von Benzol erreicht werde. — Alle diese Forderungen wurden durch Experimente belegt und praktisch veranschaulicht. Der erste Versuch zeigte, daß Benzol, Benzol und Alkohol (Sprit) die Grundlage für sämtliche im Handel befindlichen Kraftstoffe bilden. Der zweite Versuch erbrachte den Nachweis für die Leichtflüchtigkeit von Benzol. Ein Bergaserversuch mit Petroleum sollte beweisen, daß die Reinheit der Zerstäubung eines Bergasers eine große Rolle spielt und daß sogar ein bei normaler Temperatur nicht brennbarer Kraftstoff durch eine feine Zerstäubung zur Explosion gebracht werden kann. Verbrennungsversuche in Glaszylindern ergaben mit überzeugender Deutlichkeit eine Benzolverbrennung als Schiebedruck. Wesentlich war auch ein Experiment, welches verdeutlichte, daß bei gleichem Luftzusatz Benzol rein und ruhiger verbrennt, was sich im Kraftwagenmotor durch entsprechende Bergaser-Reduzierung immer erreichen läßt. Den Schluß des Vortrages bildeten Beispiele über